#PRESSEMITTEILUNG 30. Dezember 2016

Lohnabsenkung für EVG keine Basis von Tarifverhandlungen

Die EVG hat Vorwürfen widersprochen, die Tarifverhandlungen mit der Quantum Capital AG durch angeblich "wirtschaftlich nicht tragbare Forderungen" zu blockieren".

Die Quantum Capital AG wird das Instandhaltungswerk in Eberswalde übernehmen.

"Der Investor hat von Anfang an gewusst, dass wir Lohnabsenkungen nicht zulassen werden. Dass unsere Kolleginnen und Kollegen auch nach dem Eigentümerwechsel nicht schlechter gestellt werden dürfen als vorher, ist für uns ein nicht verhandelbarer Grundsatz", machte die für Tarifpolitik zuständige, stellvertretende EVG-Vorsitzende, Regina Rusch-Ziemba deutlich.

Gehe es nach dem Investor, sollten die Beschäftigten Einkommensverluste von bis zu 15 Prozent hinnehmen. "Eine solche Forderung kann für uns keine Basis ernsthafter Verhandlungen sein", stellte Regina Rusch-Ziemba fest. Das habe man der Quantum Capital AG in den vergangenen Tagen noch einmal schriftlich deutlich gemacht.

Dass der Investor nun meint, Bedingungen stellen zu müssen, um den Eindruck zu erwecken, dass das Werk nur eine Zukunft habe, wenn die EVG seine Vorstellungen akzeptiere, mache die Sache nicht einfacher. "Als Gewerkschaft werden wir keine Abwärtsspirale im Lohngefüge in Gang setzen, das kommt für uns überhaupt nicht in Frage. Wir schließen einen Tarifvertrag nur dann ab, wenn dieser unseren tarifpolitischen Grundsätze entspricht", so Regina Rusch-Ziemba. Mit dieser Haltung sei die EVG für Ihre Mitglieder bisher immer erfolgreich gewesen.

"Wir stehen nach wie vor an der Seite unserer Kolleginnen und Kollegen und setzen die Tarifverhandlungen umgehend fort, wenn die Chance auf einen zielführenden Abschluss besteht", machte die stellvertretende EVG-Vorsitzende Regina Rusch-Ziemba deutlich. Daran müsse letztlich auch die Quantum Capital AG ein Interesse haben.

Sollte sich der Investor verspekuliert haben, dürften dafür nicht die Beschäftigten die Zeche zahlen. "Wir fordern die Quantum Capital AG auf, ernsthaft nach tragfähigen Lösungen zu suchen, statt Untergangsszenarien zu beschwören", so Regina Rusch-Ziemba. Die Androhung von Kurzarbeit oder Entlassungen sei in diesem Zusammenhang wenig hilfreich.